

P R O T O K O L L

über die

6. Tagung des Statistischen Beirats

5. und 6. Mai 1959 - Wiesbaden

Protokollüber die 6. Tagung des Statistischen Beirats
am 5. und 6. Mai 1959 in WiesbadenAnwesende:
=====

Präsident Dr. Fürst (als Vorsitzender)	Statistisches Bundesamt	Wiesbaden
---	-------------------------	-----------

A. Vertreter der Bundesministerien:

Dr. Freiherr v. Roeder	Bundesmin. f. Wirtschaft	Bonn
Dr. Graf v. Posadowsky- Wehner	Auswärtiges Amt	"
Wahl	Bundesmin. d. Justiz	"
Dr. Rompe	" d. Finanzen	"
Maretsch	" " "	"
Dr. Häfner	" f. Ernährung, Landw. und Forsten	Bonn-Duisdorf
Bantzer	" " " "	" "
Dr. Luyken	" f. Arbeit und Sozialordnung	" "
Dr. Galland	" " "	Bonn
Dr. Adler	" f. Verteidigung	"
P. Schmidt	" f. Verkehr	"
Dr. Saake	" " "	"
E. Müller	" f. d. Post- und Fernmeldewesen	"
Arlt	" " " "	"
Dr. Fey	" f. Wohnungsbau	Bad Godesberg- Mehlem
Dr. Essen	" f. Vertriebene, Flücht- linge und Kriegsge- schädigte	Bonn
Frau Dr. Drechsler	" f. gesamtdeutsche Fragen	"

Graf v. Korff	Bundesmin.f.Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder	Bonn
Gebauer	" f.Familien- und Jugendfragen	"
Dr. Brandl	" f.Atomkernenergie und Wasserwirtschaft	Bad Godesberg-Mehlem
Dr.Dr. Hüttl	Bundesrechnungshof	Frankfurt a.M.
Dr. Effmert	Deutsche Bundesbahn	" "
Weber	Deutscher Beamtenbund	Bonn
Dr. Weinhold	Deutsche Bundesbank	Frankfurt a.M.

B. Vertreter der Statistischen Landesämter:

Dr. Horn	Stat.Landesamt Schleswig-Holstein	Kiel
Dr. Deneffe	" " Hamburg	Hamburg
Dr. Kraus	Nieders.Landesverwaltungsamt - Statistik -	Hannover
Dr. Lohmann	Stat.Landesamt Nordrhein-Westfalen	Düsseldorf
Dr. Hüfner	Hess. Stat. Landesamt	Wiesbaden
Dr. Nellessen	Stat.Landesamt Rheinland-Pfalz	Bad Ems
Dr. Jostock	" " Baden-Württemberg	Stuttgart
Dr.Dr. Krieger	Bayer.Stat.Landesamt	München
Dr. Götz	Stat.Amt d.Saarlandes	Saarbrücken
Katsch	Stat.Landesamt Berlin	Berlin

C. Vertreter der Verbände und Organisationen:

Dr. Buhrow	Deutscher Städtetag	Köln
Hacker	Deutscher Landkreistag	Bonn
Dr. Behrens	Bundesverband der Deutschen Industrie	Köln
Prof.Dr. Herrmann	" " "	"
Dr. Degenhardt	" " "	Frankfurt a.M.

Dr. Hartmann	Deutscher Industrie- und Handelstag	Bonn
Schünemann	Zentralverband des Deutschen Hand- werks (zugleich für Bundesvereini- gung der Deutschen Arbeitgeberver- bände)	"
Dr. Grosse	Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels	Köln
Dr. Frerichs	Gesamtverband des Deutschen Groß- und Außenhandels e.V.	Bonn
Beenken	Gesamtverband der Versicherungs- wirtschaft e.V.	Köln
Boettcher	Arbeitsgemeinschaft Energie	Frankfurt a.M.
Lichtenstein	Ständige Konferenz der Hauptge- schäftsführer der Verbände des Verkehrs	Essen
Dr. Bischoff	Verein Statistik der Kohlewirt- schaft e.V.	"
Dr. Schröder- Brzosniowsky	Deutscher Gewerkschaftsbund Wirtschaftswissenschaftliches Institut der Gewerkschaften GmbH	Köln
Dr. Kratzsch	" "	"
Apel	Deutsche Angestelltengewerkschaft	Hamburg
Dr. Hanstein	Arbeitsgemeinschaft Deutscher Wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V.	Bonn
Dr. Grünig	Deutsches Institut für Wirt- schaftsforschung	Berlin

D. Statistisches Bundesamt:

Abt. Z	Dr. Schucht Mengert	Abt. II	Dr. Bartels Dr. Spilker Dr. Hanisch Kleemann Dr. Schörry Grallert Dr. Jacobi
Abt. I	Dr. Szameitat Dr. Strube Guckes Reichling Dr. Schäffer Dr. Reepschlaeger van Randenborgh Thiel	Abt. III	Dr. Rauterberg Dr. Rosemann Dr. Ehrath Dr. Walter Schmidt

Abt. IV
Dr. Werner
Reichenbach
Rüdiger
Dr. Flöter
Dr. Anton

Abt. VII
Dr. Herrmann
Weyershäuser
Dr. Heine
Dr. Berndsen

Abt. V
Schweda
Schlüter
Dr. Gossel
Dr. Mustroph
Dr. Schulz
Engelter

Abt. VIII
Prof. Dr. Dr. Koller
Dr. Schwarz
Dr. Sperling
Dr. Schubnell
Herberger
Zander

Abt. VI
Dr. Horstmann
v.d. Decken
Sobotschinski

T a g e s o r d n u n g

=====

1. Sitzungstag

1. Zur Statistik der Erwerbstätigkeit und der Beschäftigung
2. Die revidierte Systematik der Wirtschaftszweige
3. Schwierigkeiten bei der Vorbereitung und Finanzierung neuer statistischer Vorhaben
4. Vorschläge der Statistischen Landesämter zur Kürzung des laufenden statistischen Programms

2. Sitzungstag

5. Diskussion des Amtsberichts

A. Allgemeiner Teil

- I. Überblick über die Arbeiten im Jahre 1958 und Ausblick auf die nächsten Jahre

 1. Fortschritte und neue Hemmnisse
 2. Die Statistik im Dienste wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischer Entscheidungen
 3. Die Statistik im Dienste der Wissenschaft
 4. Die Weiterentwicklung des statistischen Programms im Hinblick auf die verschiedenen Verwendungszwecke
 5. Schwierigkeiten bei der Vorbereitung und Finanzierung neuer statistischer Vorhaben
 6. Terminplan 1958 und Arbeits- und Zeitplan der nächsten Jahre
 7. Rationalisierung der statistischen Arbeit
 8. Die Beirats- und Fachausschußarbeit
 9. Stand der rechtlichen Fundierung der Bundesstatistik

II. Mitarbeit des Statistischen Bundesamtes in nationalen Organisationen und Ausschüssen

III. Beteiligung des Statistischen Bundesamtes an der internationalen statistischen Arbeit

B. Bericht über die Vorarbeiten zum Zählungswerk 1959/61

I. Landwirtschaftszählung

II. Handels- und Gaststättenzählung

III. Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung

1. Allgemeine Bemerkungen
2. Volks- und Berufszählung
3. Arbeitsstättenzählung
4. Verkehrszensus

C. Berichte der Abteilungen

I. Allgemeine Organisation der Statistik

II. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, allgemeine fachliche Koordinierung

III. Ernährungs- und Landwirtschaftsstatistik

IV. Industrie- und Handwerksstatistik

V. Handels- und Verkehrsstatistik

VI. Statistik der Preise und Löhne, des Bau- und Wohnungswesens, Sozialstatistik

VII. Finanz- und Steuerstatistik

VIII. Bevölkerungs- und Kulturstatistik

IX. Mitteilungen aus der Verwaltung des Amtes

6. Verschiedenes

Ausbau der Statistik über die Lagerhaltung
(Vorschlag der Arbeitsgemeinschaft deutscher
wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute)

Wortlaut des Protokolls:
=====

1. Sitzungstag (5. Mai 1959)

Präsident Dr. Fürst eröffnet die Tagung und begrüßt die Teilnehmer. Nach einem Bericht über die im Kreis der Beiratsmitglieder und der Abteilungsleiter des Statistischen Bundesamtes eingetretenen Veränderungen wird ein Überblick über die Tagesordnung und über die von einzelnen Mitgliedern des Beirats zur Diskussion vorgeschlagenen Punkte gegeben.

1. Zur Statistik der Erwerbstätigkeit und der Beschäftigung

Besprechungsunterlagen: Ein Aufsatz gleichen Titels aus „Wirtschaft und Statistik“, 1959, Heft 3; der Aufsatz „Der Umfang der Erwerbstätigkeit im Oktober 1957 - Erste Ergebnisse des Mikrozensus“ aus „Wirtschaft und Statistik“, 1959, Heft 4 und der Entwurf eines noch nicht veröffentlichten Aufsatzes „Die Ergebnisse des Mikrozensus 1957 im Vergleich mit bisherigen Teilstatistiken des Erwerbslebens“ sowie eine besondere Zusammenstellung wichtiger Diskussionspunkte (Anlage zum Schreiben - I A 1 - 51/10 - vom 23. März 1959)

Hauptziel der Diskussion ist es, zu einem einheitlichen Begriff der Erwerbstätigen zu kommen, da es nicht möglich erscheint, im Mikrozensus und in den Berufszählungen mit 3 oder 4 verschiedenen Begriffen zu arbeiten. Das Bundesamt setzt sich für die allgemeine Verwendung des sogenannten erweiterten Arbeitskräftekonzepts des Mikrozensus ein. Vor allem sprechen die Vergleichbarkeit mit den die gesamte „Arbeitsmenge“ wiedergebenden betrieblichen Beschäftigungsmeldungen und die größere begriffliche Klarheit für das neue Konzept, das deshalb im Mikrozensus beibehalten und auch bei künftigen Volks- und Berufszählungen angewandt werden sollte. Erwerbstätigkeitszahlen nach früheren Begriffen wie auch nach dem internationalen Arbeitskräftekonzept können überdies aus den neuen umfassenderen Ergebnissen ohne größere Schwierigkeiten errechnet werden.

Der Vertreter des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung erkennt den Fortschritt an, der mit dem neuen Konzept erreicht worden ist, weist aber auch auf die Schwierigkeiten hin, die mit der Erfassung der Nebentätigkeiten ohne Interviewereinsatz verbunden sind. Vom Statistischen Bundesamt wird demgegenüber an die Unzulänglichkeiten des früheren, auf die Haupteinkommensquelle abgestellten Erwerbspersonenkonzepts erinnert, insbesondere an den Mangel der Kontrollierbarkeit der sich auf die Haupterwerbsquelle stützenden Angaben und an die Notwendigkeit, vor allem mithelfende Familienangehörige in der Landwirtschaft bei unzureichenden Eintragungen in die Haushaltslisten von Amts wegen zuzuordnen. Gerade die verschiedenen Gruppen von Teilbeschäftigten, deren Abgrenzung der Vertreter des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung für notwendig hält, werden bei dem erweiterten Konzept klarer dargestellt werden können. Dem vom Vertreter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften geäußerten Interesse an einer Erfassung der Arbeit von Personen unter 14 Jahren wird jedoch bei Großzählungen kaum Rechnung getragen werden können.

Die Leiter des Hessischen Statistischen Landesamtes und des Statistischen Landesamtes Hamburg weisen darauf hin, daß auch nach Anwendung des erweiterten Arbeitskräftekonzepts des Mikrozensus die Schwierigkeiten des „Zusammenbaues“ der Teilstatistiken des Erwerbslebens bzw. die begrifflichen Unterschiede zwischen einzelnen Beschäftigtenstatistiken bestehen bleiben. Der Vorsitzende stimmt dieser Auffassung zu, gibt aber auch zu bedenken, daß das durch den Mikrozensus gewonnene Gesamtbild der Erwerbstätigkeit und die größere Klarheit der jetzt angewandten Begriffe hierbei Erleichterungen schaffen werden.

Im Zusammenhang mit den Darlegungen des Statistischen Bundesamtes über die betriebsübliche Wochenarbeitszeit als Grundlage für die Unterscheidung von Voll- und Teilbeschäftigten regt der Vertreter der Deutschen Bundesbahn eine Befragung über die Einführung der 5-Tage-Woche an. Vom Statistischen Bundesamt wird geprüft werden, bei welchen statistischen Erhebungen eine entsprechende Frage aufgenommen werden kann.

Der Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft stellt die Frage, ob die Anwendung des erweiterten Erwerbstätigkeitskonzepts, insbesondere hinsichtlich der Volks- und Berufszählung, noch in einer besonderen Arbeitsgruppe behandelt werden könnte. Der Vorsitzende hält dem entgegen, daß bei der Bedeutung des Gegenstandes eine solche Arbeitsgruppe praktisch dem Beirat entsprechen würde, und bittet den Beirat, auf der heutigen Tagung seine Zustimmung zu geben. Dabei sollte auch die Frage der Veröffentlichung des Aufsatzes „Die Ergebnisse des Mikrozensus 1957 im Vergleich mit bisherigen Teilstatistiken des Erwerbslebens“ erörtert werden.

Die Gegenüberstellung der Zahlen in diesem Aufsatz zeigt - bei sonst weitgehender Übereinstimmung - größere Differenzen bei der Statistik der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft und bei der Arbeitnehmerkartei der Arbeitsämter. Der Vertreter des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten macht auf den nach den Mikrozensusergebnissen errechneten hohen Anteil der Landwirtschaft an der Gesamtzahl der Arbeitsstunden und auf die für die Landwirtschaft nachgewiesene große Zahl der in der Woche 70 und mehr Stunden tätigen Arbeitskräfte aufmerksam. Die Gründe für die Abweichungen von den Ergebnissen der bisher durchgeführten Erhebungen müßten noch genauer untersucht werden. Dabei müßten die in der Landwirtschaft gegebenen Voraussetzungen, die bei Selbständigen und Mithelfenden durch Einbeziehung der Bereitschaftszeiten zu außerordentlich hohen Stundenzahlen geführt haben könnten, stärker berücksichtigt werden, damit Fehler und Mißverständnisse bei der Benutzung des Zahlenmaterials vermieden werden. Der Vorsitzende weist auf die Notwendigkeit eines einheitlichen Verfahrens und der Vergleichbarkeit mit anderen Wirtschaftsbereichen hin; auch in anderen Wirtschaftsbereichen werden z.B. die Zeiten der Arbeitsbereitschaft zur Arbeitszeit gerechnet. Bei einem Vergleich mit den Beiträgen der Wirtschaftsbereiche zum Sozialprodukt müßte außerdem die unterschiedliche Produktivität berücksichtigt werden. Im übrigen müßte abgewartet werden, inwieweit die noch nicht vorliegenden Zahlen für den Jahresdurchschnitt niedrigere Ergebnisse bringen als der saisonale Höchststand im Oktober.

Der Vertreter des Bundesministeriums für Arbeit weist besonders auf die methodisch-sachlichen Unterschiede zwischen dem Mikrozensus und einer Auszählung auf Grund der Beschäftigtenkartei sowie auf die verschiedenartige Zielsetzung beider Statistiken hin. Die Ergebnisse brauchten daher nicht übereinzustimmen. Überrascht habe allerdings die Differenz bei den Arbeitslosen. Auch hier müßte den Ursachen noch nachgegangen werden. Zu der vom Vertreter des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung vertretenen Auffassung, daß die Ergebnisse der mit einem Verwaltungsakt verbundenen Statistiken in mancher Beziehung zuverlässiger seien, bemerkt der Vorsitzende, daß bei großen Karteien dieser Art erfahrungsgemäß mit einer Überhöhung der Zahl der Fälle zu rechnen sei, da die Abgänge weniger genau erfaßt werden als die Zugänge. Die Bedeutung der Ergebnisse des Mikrozensus liege aber auch darin, daß sie allein alle Formen der Erwerbstätigkeit einschließlich der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen umfassen. Das Statistische Bundesamt werde daher, z.B. bei gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsberechnungen, diese Ergebnisse verwenden, und zwar in der Form, daß Zeitreihen gebildet werden, die für Oktober 1957 die ersten Ergebnisse des Mikrozensus enthalten werden. Die vom Vertreter des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung geäußerten Bedenken wegen der Verringerung der bis jetzt errechneten Erwerbsquote und der Konsequenzen dieser Änderung hält der Vorsitzende im Hinblick auf den beschränkten Aussagewert dieser Größe für unbegründet. Die bei der Wohnungsstatistik 1956 festgestellte niedrigere Bevölkerungszahl hätte ohnehin eine niedrigere Zahl von Erwerbstätigen erwarten lassen.

Der Anregung des Vertreters des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, die Ergebnisse des Mikrozensus nach Wirtschaftszweigen aufzuteilen und die Industrie gesondert darzustellen, wird nicht entsprochen werden können, da hierfür die Stichprobe zu schmal ist.

Zur Frage der Veröffentlichung des Aufsatzes über den Vergleich der Mikrozensusergebnisse mit anderen Statistiken des Erwerbslebens wird von einigen Beiratsmitgliedern vorgeschlagen, damit zu warten, bis die festgestellten Differenzen geklärt sind oder wei-

tere Mikrozensususerhebungen bzw. die nächste Volks- und Berufszählung die Zuverlässigkeit der vorliegenden Ergebnisse des Mikrozensus bestätigt haben. Die Mehrzahl der Diskussionsteilnehmer spricht sich dagegen für die Veröffentlichung aus, die eine wichtige Ergänzung und Erläuterung der bereits bekanntgegebenen ersten Ergebnisse darstellt. Der Vorsitzende weist auch darauf hin, daß die festgestellten Abweichungen doch weitgehend begründet seien. Außerdem könne die weitgehende Übereinstimmung mit den als gesichert anzusehenden Ergebnissen der Statistik der sozialen Krankenversicherung doch als ein Beweis für die Zuverlässigkeit der Mikrozensusergebnisse gelten. Es wird in Aussicht genommen, die notwendigen Erläuterungen mit den Bundesministerien für Arbeit und Sozialordnung und für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten noch zu erörtern, bevor dieser Vergleich veröffentlicht wird.

2. Die revidierte Systematik der Wirtschaftszweige

Besprechungsunterlage: Der Aufsatz „Die Systematik der Wirtschaftszweige - Revidierte Arbeitsstätten-systematik“ in „Wirtschaft und Statistik“, 1959, Heft 2

Vom Statistischen Bundesamt wird einleitend eine zusammenfassende Darstellung der in dem Aufsatz behandelten Fragen gegeben. Hierzu ergibt sich als wichtigster Diskussionspunkt das Problem der Auswahl der Gliederungsmerkmale.

Der Vertreter des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks bittet zu überlegen, wie das Handwerk in der neuen Systematik berücksichtigt werden könne. Es wird eindeutig klargelegt, daß bei aller Anerkennung des Wunsches auf getrennte Nachweisung der in die Handwerksrolle eingetragenen Betriebe dieses Kriterium nicht in eine nach wirtschaftlichen Tätigkeiten aufgebaute Systematik hineinpaßt. Das bedeutet jedoch nicht, daß Gliederungsmerkmale, die in der neuen Systematik nicht berücksichtigt worden seien, wie die Rechtsform, die Vertriebsform (im Handel), die Vertriebeneneigenschaft des Inhabers, als weniger wichtig angesehen werden. Neben der Wirtschaftszweigsystematik, bei der man sich, um die einheitliche Linie und die Übersichtlichkeit zu wahren,

auf bestimmte Gliederungsmerkmale beschränken mußte, sind weitere institutionelle Gliederungen vorgesehen. Im Handelszensus hat man bereits die Konsequenzen daraus gezogen und solche zusätzlichen Gliederungen in das Tabellenprogramm aufgenommen. Auf diese Weise läßt sich auch der gesonderte Nachweis der Außenhandelsunternehmen erreichen, für den der Leiter des Statistischen Landesamtes Hamburg mit besonderem Nachdruck eintritt. Allerdings können die angedeuteten zusätzlichen Gruppierungen - ebenso wie die Wirtschaftszweigsystematik - nur dort angewandt werden, wo das Grundmaterial eine entsprechende Kennzeichnung der Betriebe erlaubt, was z.B. bei Sekundärstatistiken nicht immer der Fall ist. Einige von dem Vertreter des Bundesverbandes der Deutschen Industrie gegebene Anregungen zur Änderung von Bezeichnungen systematischer Positionen sollen bei der weiteren redaktionellen Bearbeitung des Entwurfs der Systematik geprüft werden.

Der Vertreter des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung weist auf einige Schwierigkeiten hin, die sich aus der neuen Gliederung nach Sektoren in den Fällen ergeben können, in denen Statistiken nicht in der vollen Tiefe der Wirtschaftszweigsystematik aufbereitet werden. Es handelt sich dabei vor allem um den Nachweis von Einrichtungen, die - obgleich sie ähnliche Tätigkeiten ausüben - in verschiedenen Sektoren vorkommen können, z.B. Schulen, Krankenhäuser, Altersheime usw. Das Statistische Bundesamt bemerkt hierzu, daß die Wirtschaftszweigsystematik vor allem bei Statistiken, die sich auf die Erfassung einzelner Tatbestände, wie die Beschäftigung, beschränken, durchaus entsprechend den besonderen Erfordernissen variiert werden könne. Außerdem wird auf die Möglichkeit hingewiesen, durch die zusätzliche Aufbereitung einiger Positionen die angedeuteten Schwierigkeiten zu überwinden.

Der Vertreter des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hält die Gliederung nach Bodennutzungssystemen in der Abteilung „Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei“ nicht für zweckmäßig. Ferner sei bei der Abgrenzung zwischen Landwirtschaft und gewerblicher Tierhaltung der früheren Unterscheidung nach der Bewirtschaftung einer Bodenfläche der

Vorzug zu geben. Da über diese Punkte ohnehin eine besondere Besprechung vorgesehen ist, wird die Behandlung dieser Frage vorerst zurückgestellt.

Die Vergleichbarkeit mit der internationalen Systematik, auf die verschiedentlich hingewiesen wurde, hat sich nicht verschlechtert. Im übrigen werde an einer Revision der International Standard Industrial Classification of all Economic Activities gearbeitet. Sie kann in der gegenwärtigen Fassung nicht uneingeschränkt als Vorbild für die Ausgestaltung der deutschen Systematik dienen.

Eine besondere Darstellung wird vom Statistischen Bundesamt zur Frage der Bildung von Kombinationspositionen gegeben. Hierbei sind zwei Typen zu unterscheiden; Typ A, zu dem Institutionen mit verschiedenen wirtschaftlichen Tätigkeiten von ungefähr gleichem Gewicht gehören, und Typ B für Institutionen, bei denen ein wirtschaftlicher Schwerpunkt erkennbar ist und eine entsprechende Einordnung ermöglicht. Während die Kombinationspositionen des Typs A in die Wirtschaftszweigsystematik fest eingebaut werden sollen, ist für den Typ B die Gruppierung nach einem Zusatzschlüssel vorgesehen, der nur in längerfristiger Arbeit auf Grund der Ergebnisse vorhandener Statistiken und vor allem auch der geplanten Sonderzählungen, wie der Handels- und Gaststättenzählung, aufgestellt werden kann.

Zur Frage nach dem Stand der Arbeiten wird mitgeteilt, daß die Abteilung „Handel“ im Hinblick auf den bevorstehenden Handelszensus vorgezogen und in der Gliederung bis zu den Klassen fertiggestellt wurde. Ein vollständiger Entwurf der gesamten Systematik wird bis zur nächsten Sitzung des Fachausschusses - etwa im September - vorliegen.

Der Vertreter des Gesamtverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels stellt fest, daß die Wünsche und Bedürfnisse des Handels in der neuen Systematik voll befriedigt worden sind und gibt hierfür dem Dank und der Anerkennung der Verbände des Handels Ausdruck.

3. Schwierigkeiten bei der Vorbereitung und Finanzierung neuer statistischer Vorhaben

Besprechungsunterlage: Abschnitt A I 5 im Amtsbericht
„Die Arbeiten des Statistischen Bundesamtes im Jahre
1958“

Vom Statistischen Bundesamt werden nochmals die Gründe, die für die aufgetretenen Schwierigkeiten angenommen werden können, und die ungünstigen Auswirkungen, die sich daraus für die Arbeit der amtlichen Statistik ergeben, dargelegt. Die arbeitsmäßige Belastung als Folge der Ablehnung immer wieder neu aufgestellter Pläne und die Hemmnisse bei der Verbesserung und Vervollständigung des statistischen Materials haben in der letzten Zeit ein solches Ausmaß angenommen, daß sich das Statistische Bundesamt veranlaßt sieht, diese Fragen auch einmal im Statistischen Beirat zur Diskussion zu stellen.

Der Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft gibt ebenfalls der Sorge über die der amtlichen Statistik bereiteten Schwierigkeiten Ausdruck und bedauert vor allem, daß den Statistischen Ämtern dadurch Spielraum für immer wieder notwendige Sonderarbeiten genommen wird. Es sei dabei von der Überlegung auszugehen, daß Statistiken nicht nur für bestimmte Verwaltungsmaßnahmen, sondern auch gerade zu ihrer Vermeidung erforderlich sind. Im Hinblick auf die bei verschiedenen Stellen vorhandene Auffassung, daß sich die amtliche Statistik ständig ausweite, sei die im Amtsbericht gegebene Übersicht über die tatsächliche Entwicklung der Haushaltsausgaben für die Statistik sehr zu begrüßen.

Der Vertreter des Bundesministeriums der Finanzen hält ein gewisses „Spannungsverhältnis“ zwischen den die Maßnahmen fordernden und den für die Mittelbewilligung zuständigen Stellen grundsätzlich für notwendig, vertritt aber auch die Meinung, daß man in Einzelfällen in der Kritik an der amtlichen Statistik zu weit gegangen sei. Im Falle der finanzpolitischen Auseinandersetzungen um die Landwirtschaftszählung habe sich der Bund jedoch an die Bestimmungen über die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern

halten müssen, wobei es allerdings zu bedauern sei, daß sich dieser Streit gerade an einem Vorhaben der Statistik entzündet hat. Zur künftigen Vermeidung solcher Schwierigkeiten wird die Aufstellung und Bekanntgabe langfristiger Arbeits- und Zeitpläne sowie die möglichst frühzeitige Einleitung der Gesetzgebungsprozedur empfohlen. Der Vertreter des Bundesrechnungshofes schlägt als weitere Lösung Gespräche zwischen dem Statistischen Bundesamt und dem Bundesbeauftragten für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung vor.

Vom Vorsitzenden wird diese Bereitwilligkeit zur sachlichen Diskussion sehr begrüßt. Den Ausführungen des Vertreters des Bundesministeriums der Finanzen über die Notwendigkeit eines „Spannungsverhältnisses“ sei grundsätzlich zuzustimmen; dieses „Spannungsverhältnis“ dürfe aber nicht dazu führen, daß die Frage der sachlichen Notwendigkeit einer Statistik nur vom fiskalischen Standpunkt aus behandelt und entschieden werde.

Von den Vertretern des Deutschen Städtetages und der Deutschen Angestelltengewerkschaft wird angeregt, daß über die der amtlichen Statistik bereiteten Schwierigkeiten, insbesondere über die Diskrepanz gegenüber der Bedeutung der Statistik, Aufsätze und evtl. Glossen verfaßt und veröffentlicht werden. Der Vertreter des Gesamtverbandes des Deutschen Groß- und Einzelhandels schlägt darüber hinaus eine entsprechende Entschließung des Statistischen Beirats vor, die noch auf dieser Tagung formuliert werden sollte. Der Vertreter des Bundesverbandes der Deutschen Industrie hält es demgegenüber für zweckmäßiger, wenn vom Statistischen Bundesamt ein Kommuniqué über diese Diskussion im Beirat verfaßt und an das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung sowie an die Nachrichtenagenturen zur Veröffentlichung gegeben würde. Der Vorsitzende stimmt diesem auch von anderen Teilnehmern unterstützten Vorschlag zu. Widerspruch gegen die beantragte Ermächtigung wird nicht erhoben. (Das nach der Tagung im Statistischen Bundesamt verfaßte Kommuniqué ist inzwischen im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 85/1959, veröffentlicht worden. Der Wortlaut des Kommuniqués wurde den Beiratsmitgliedern außerdem mit Schreiben vom 15. Mai 1959 zur Kenntnis gegeben.)

4. Vorschläge der Statistischen Landesämter zur Kürzung des laufenden statistischen Programms

Besprechungsunterlage: Eine Ausarbeitung der Statistischen Landesämter gleichen Titels (Anlage zum Schreiben vom 9. April 1959)

Vom Leiter des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg wird kurz dargestellt, nach welchem Verfahren die Überprüfung des statistischen Programms erfolgte, deren Ergebnis in der vorliegenden Unterlage dem Statistischen Beirat zur Kenntnis gegeben wird. Der Vorsitzende weist auf den Wert einer solcher Überprüfung hin, für die das Statistische Bundesamt den Statistischen Landesämtern sehr dankbar sei, und schlägt für das weitere Vorgehen die Behandlung in den einzelnen Fachausschüssen vor.

Von denjenigen Statistiken, bei denen die Anregungen der Statistischen Landesämter voraussichtlich zu gewissen Einsparungen führen könnten, wird vom Statistischen Bundesamt vor allem die Industrieberichterstattung erwähnt, für deren Überprüfung auch in dem zuständigen Fachausschuß eine besondere Arbeitsgruppe eingesetzt worden sei. Hier haben sich aber bereits Widerstände seitens einiger Auftraggeber und Konsumenten von Bund und Ländern ergeben (vgl. Abschnitt C IV des Protokolls). Entsprechendes gilt für den Vorschlag über die allgemeine Einführung eines vereinfachten Erhebungsbogens für kleinere Gemeinden bei der Jahresstatistik der Gemeindefinanzen. Auch hier könnte eine erhebliche Arbeits- und Kostenerleichterung erzielt werden. Ferner werden der Kürzungsvorschlag zur laufenden Aufbereitung der Straßenverkehrsunfallstatistik, mit dem eine Vereinbarung über die Lieferung von Lochkartendoppel an das Statistische Bundesamt für Bundesaufbereitungen verbunden ist, und die Anregungen zur Verkürzung der Periodizität bei verschiedenen Statistiken hervorgehoben.

Dem Wunsch des Vertreters des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung nach Beteiligung an den Beratungen über die Einsparungsvorschläge zur Industrieberichterstattung soll durch Einladungen zu den betreffenden Fachausschußsitzungen entsprochen werden. In einer Stellungnahme zu der Ausarbeitung der Statistischen Landesämter gibt der Vertreter dieses Instituts zu beden-

ken, daß wichtige Unterlagen für dessen Arbeit verloren gingen, wenn die Vorschläge über den Verzicht auf die Umsatzangaben nach Bauarten im Baubericht und über die Verlängerung der Periodizität der Angestelltenverdiensterhebungen sowie der Verdiensterhebungen im Handwerk verwirklicht würden. Die Vorschläge werden den Fachausschüssen mit dem Auftrag überwiesen, sie ernsthaft auf Möglichkeiten der Verwirklichung zu überprüfen. Das Statistische Bundesamt wird die Ergebnisse der Beratungen in den Fachausschüssen zu einem Bericht für die nächste Beiratstagung zusammenfassen.

2. Sitzungstag (6. Mai 1959)

5. Diskussion des Amtsberichts

Besprechungsunterlage: Amtsbericht „Die Arbeiten des Statistischen Bundesamtes im Jahre 1958“

A. Allgemeiner Teil

Von einigen Teilnehmern wird angeregt, den Amtsbericht, insbesondere wegen der im ersten Teil behandelten allgemeinen Fragen, über den Kreis der im Beirat vertretenen Behörden, Verbände und Institute hinaus an weitere Dienststellen und Personen zu verteilen. Es sei hier vor allem an die Landesregierungen sowie bestimmte Ausschüsse und Mitglieder der gesetzgebenden Organe zu denken. Es komme besonders darauf an, die in dem Bericht enthaltene Darstellung über die Kosten der amtlichen Statistik möglichst weiten Kreisen zugänglich zu machen.

Im Zusammenhang mit der Arbeit der Fachausschüsse und Arbeitskreise bittet der Leiter des Hessischen Statistischen Landesamtes, die Anfertigung der Protokolle nach Möglichkeit zu beschleunigen. Es sollte angestrebt werden, das Kurzprotokoll vorab und nicht später als 14 Tage nach der Tagung zu versenden.

Zum Thema „Mitarbeit des Statistischen Bundesamtes in nationalen

Organisationen und Ausschüssen" bittet der Leiter des Hessischen Statistischen Landesamtes zu prüfen, ob die Statistischen Landesämter an der Arbeit des Bundesausschusses Betriebswirtschaft beteiligt werden könnten. Es würden insbesondere die bei den Betriebsvergleichen angewandten Methoden interessieren.

In Ergänzung des Abschnitts „Beteiligung des Statistischen Bundesamtes an der internationalen statistischen Arbeit“ berichtet der Vorsitzende zusätzlich über die Tagung des „Rates der Leiter der Statistischen Zentralämter der Europäischen Gemeinschaften“ am 4. Mai 1959 in Luxemburg und über die gegenwärtigen Probleme und Aufgaben des „Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften“, des früheren „Gemeinsamen Statistischen Dienstes“. Ein Hauptproblem, das bald gelöst werden müsse, sei die Frage, ob und in welcher Form bzw. durch welche Organe die EWG nach den Bestimmungen der Verträge einheitliche Statistiken in den 6 Ländern anordnen könne. Es bestand Übereinstimmung, daß die nationalen gesetzlichen Vorschriften über die Anordnung von Statistiken nicht übergangen werden dürften. Das Problem ist im Zusammenhang mit einer geplanten Erhebung über die Arbeitskosten in ausgewählten Industrien akut geworden.

Im statistischen Programm dieses neuen Amtes stehen vorläufig noch das Sammeln des vorhandenen Materials und Arbeiten an einheitlichen Klassifikationen und Systematiken für bereits vorhandene Statistiken im Vordergrund. Auf dem Gebiete des Außenhandels arbeitet das Amt an einer Verbindung der Standard Industrial Trade Classification und des Brüsseler Zolltarifs, wobei auch Gruppierungen nach dem Verarbeitungsgrad und dem Verwendungszweck der Waren angestrebt werden. Ferner sind Bemühungen um den Aufbau eines internationalen Warenverzeichnisses für Produktionsstatistiken im Gange. Auf dem Gebiete der Beschäftigung und des Erwerbslebens werden die Arbeiten des Amtes durch den in vier Mitgliedstaaten eingeführten, weitgehend einheitlichen Mikrozensus erleichtert. Dagegen fehlen einheitliche industriestatistische Unterlagen, weshalb sich das Amt um die Durchführung eines Produktionszensus in denjenigen Ländern bemüht, in denen entsprechende Unterlagen noch nicht vorliegen. Bei den Arbeiten für

EURATOM kommt es zunächst darauf an, sicherzustellen, daß in der Produktions- und Außenhandelsstatistik bestimmte Güter, wie spaltbares Material usw., nachgewiesen werden können.

Der Vertreter des Gesamtverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels teilt mit, daß die Organisationen des Groß- und Außenhandels mit der Entwicklung des Gemeinsamen Marktes in steigendem Maße an vergleichbarem statistischem Material über die Unternehmen dieses Wirtschaftsbereichs in den Ländern der EWG interessiert seien und daher eine entsprechende einheitliche Befragung planten. Ein Erhebungsbogen hierfür sei bereits entworfen worden. Es komme jetzt darauf an, zu klären, ob diese Befragung von den statistischen Behörden der einzelnen Länder oder von dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften vorbereitet und durchgeführt werden könnte, oder ob nur eine private Erhebung seitens der betreffenden Verbände möglich sei. Zu diesem Zweck sollte nach einem Vorschlag des Vertreters der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels mit dem Leiter des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften Verbindung über die Feststellung brauchbarer Unterlagen bei den zentralen statistischen Ämtern der Mitgliedstaaten aufgenommen werden. Der Vorsitzende hält an sich die Einschaltung der amtlichen Statistik der Gemeinschaft und der einzelnen Länder für den richtigen Weg, der aber aus haushaltsmäßigen Gründen wohl vorläufig kaum in Frage komme. Da wegen des Umfangs einer solchen Erhebung auch eine Durchführung durch private Stellen wenig Erfolg verspreche, bleibe nur die Möglichkeit einer Unterrichtung an Hand des vorhandenen Materials, wozu das Statistische Bundesamt seine Unterstützung zugesagt.

Auf Anregung des Vertreters des Auswärtigen Amtes berichtet der Vorsitzende über die Zusammenarbeit mit den Ostblockstaaten in den internationalen statistischen Organisationen. Er wies auf die Grenzen hin, die sich aus der Verschiedenartigkeit der Wirtschaftssysteme und damit der Aufgaben der amtlichen Statistik ergeben.

B. Bericht über die Vorarbeiten zum Zählungswerk 1959/61

In Ergänzung der Besprechungsunterlage wird vom Statistischen Bundesamt dargestellt, wie sich die Vorbereitungsprozedur bei den einzelnen Teilen des Zählungswerks während der letzten Monate entwickelt hat.

Hinsichtlich der Landwirtschaftszählung, deren Haupterhebung infolge der Verzögerungen bei der Beratung der Rechtsgrundlage zwangsläufig auf 1960 verschoben werden muß, erhebt sich die Frage der zeitlichen Durchführung der anderen Einzelerhebungen. Aus technischen Gründen werden die im Gesetz festgelegten Termine ebenfalls um ein Jahr verschoben werden müssen. Für die Forsterhebung sieht das vorliegende Gesetz bereits vor, daß der Zeitpunkt durch besondere Verordnung festgelegt wird. Auf Vorschlag des Vertreters des Bundesministeriums für Ernährung Landwirtschaft und Forsten soll aber noch geprüft werden, ob nicht die Gartenbauerhebung zum Ausgleich der eingetretenen Verzögerung im gleichen Jahr wie die Haupterhebung durchgeführt werden könnte. Er teilt mit, daß zur Zeit ein Änderungsgesetz zur Verschiebung der Haupterhebung vorbereitet werde.

Bei der Handels- und Gaststättenzählung wird die Verabschiedung der Rechtsgrundlage voraussichtlich erst kurz vor den Parlamentsferien möglich sein. Es sollte aber alles getan werden, um die Durchführung im Jahre 1959 zu ermöglichen. Vom Statistischen Bundesamt wird hierzu mitgeteilt, daß die Statistischen Landesämter notfalls auch noch mit einem Zählungstermin im Spätherbst einverstanden seien.

Der Vertreter des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks bitet erneut darum, die Handwerksbetriebe aus dem Handelszensus herauszulassen, weil die Zuordnung solcher Handwerksbetriebe, die sowohl Handwerk als auch Handel betreiben, nach dem Schwerpunktprinzip auf Schwierigkeiten stoße. Der Umsatz, der in der Umsatzsteuerstatistik die wichtigste Grundlage für die Gruppierung der Unternehmen nach Wirtschaftszweigen bilde, sei kein geeignetes Abgrenzungsmerkmal. Der Vorsitzende verweist auf den in dieser Angelegenheit geführten Schriftwechsel und auf die Notwen-

digkeit, im Interesse einer methodisch und sachlich einwandfreien Durchführung des Handelszensus und im Hinblick auf die Erfordernisse eines statistischen Gesamtbildes der Wirtschaft diese Einwände gegen die Erfassung von Handwerksbetrieben fallen zu lassen. Auch das Statistische Bundesamt halte den Umsatz nicht für das am besten geeignete Gliederungskriterium, aber gerade die Erfassung im Handelszensus mit seinen Fragen nach dem Waren- und Materialeinsatz in Verbindung mit dem Umsatz und nach dem Schwerpunkt des Betriebes biete die Möglichkeit einer besseren Zuordnung. Deshalb sollen auch solche Handwerksbetriebe, die beim Handelszensus durch das in dieser Hinsicht vielleicht nicht ganz zulängliche Adressenmaterial der Finanzämter miterfaßt worden sind, die aber mit dem Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit nicht einem der in den Handelszensus einbezogenen Wirtschaftsbereiche zugehören, aus der Aufbereitung ausgeschieden werden. In solchen Fällen soll dann auch die Zuordnung in der Umsatzsteuerstatistik entsprechend geändert werden. Im übrigen sei vorgesehen, die im Handelszensus erfaßten Handwerksbetriebe als solche gesondert darzustellen. Der Vertreter des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks stellt nach dieser Diskussion seine anfänglich vorgebrachten Bedenken zurück.

Zur Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung wird vom Statistischen Bundesamt mitgeteilt, daß ein Teil der Bundesländer zur Frage des Zählungstermins noch nicht Stellung genommen habe. Diese Frage habe daher, sehr zum Nachteil der Vorbereitungsarbeiten, noch nicht entschieden werden können. Das Statistische Bundesamt spreche sich mit allem Nachdruck für Mai 1961 als Zeitpunkt der Zählung aus und bittet die Beiratsmitglieder um entsprechende Unterstützung. Auch die Tatsache, daß über das Zählungsprogramm noch keine Klarheit bestehe, sei sehr ungünstig; es sei insbesondere noch nicht möglich gewesen, einigermaßen sichere Aufbereitungspläne und Kostenkalkulationen anzufertigen.

Zum Erhebungsprogramm schlägt der Vertreter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften eine Erweiterung der Bildungsfragen um Merkmale der Allgemeinbildung und der betrieblichen Ausbildung vor. Das Statistische Bundesamt hält eine

solche Ausdehnung des Frageprogramms jedoch, abgesehen von Bedenken aus technisch-methodischen Gründen, bei der Notwendigkeit der Beschränkung des Gesamtprogramms nicht für vertretbar.

Zu den Vorbereitungsarbeiten für die Volks- und Berufszählung wird ergänzend auf den neuen Entwurf der Haushaltsliste hingewiesen. Wenn diese auch noch nicht in der Form des Zählungsbogens bei den Statistischen Landesämtern vorliege, so sei doch die Neufassung der Fragen mitgeteilt worden.

C. Berichte der Abteilungen

I. Allgemeine Organisation der Statistik

Die vorbereitenden Arbeiten für den Einsatz einer Großrechenanlage stehen unmittelbar vor dem Abschluß. Bei einem Besuch in den USA während der nächsten Wochen sollen noch die dort gesammelten Erfahrungen über die Verwendung elektronischer Anlagen in der Statistik studiert und in dem angekündigten abschließenden Bericht des Statistischen Bundesamtes berücksichtigt werden.

Die für die Anschaffung vorgesehene Anlage wird weitgehend für bisherige Aufbereitungsarbeiten eingesetzt werden, wobei die Verwendung für Wahrscheinlichkeitskontrollen eine besondere Rolle spielen wird; für zusätzliche Arbeiten wird nur eine verhältnismäßig geringe Kapazität frei sein.

Zur Frage der Angleichung der Saarstatistik wird vom Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft angeregt, daß bei der Darstellung der saarländischen statistischen Ergebnisse stets klar zum Ausdruck gebracht werde, ob sie mit den Zahlen für das übrige Bundesgebiet vergleichbar sind. Zum Stand der Angleichung berichtet der Leiter des Statistischen Amtes des Saarlandes über die inzwischen erzielten weiteren Fortschritte. Die noch vorhandenen Lücken werden weitgehend geschlossen werden können, wenn die gegenwärtig vorbereitete Überleitung des Grundlagenrechts auf dem Gebiete des Finanz- und Steuerwesens erfolgt sein wird.

II. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, allgemeine fachliche Koordinierung

Obwohl das Ausgangsmaterial für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in den letzten Jahren durch größere einmalige Statistiken, wie die Nettoleistungserhebung in der Industrie, die Handwerkszählung und die Wohnungsstatistik, wesentlich ergänzt und verbessert werden konnte, sind immer noch erhebliche Mängel und Lücken vorhanden. Zu ihrer Bereinigung sind auf bestimmten Gebieten vor allem auch laufende oder in kürzeren Abständen anfallende Ergebnisse erforderlich. Weitere Fortschritte wären in diesem Zusammenhang besonders von der geplanten laufenden Umsatzstatistik im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe, von in kürzeren Zeitabständen folgenden Nettoleistungserhebungen in der Industrie, von Nachweisungen über die Vorräte in der Industrie und von einer allgemeinen Verbrauchs- und Einkommenserhebung zu erwarten.

Der Leiter des Hessischen Statistischen Landesamtes weist darauf hin, daß die Statistischen Landesämter an den bei den Sozialproduktsberechnungen des Statistischen Bundesamtes angewandten Verfahren sehr interessiert seien, und bittet zu prüfen, ob hierüber nicht ein besonderer Methodenband herausgebracht werden könnte. Diese Anregung wird auch vom Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft unterstützt, der zu bedenken gibt, daß hierdurch das allgemeine Interesse an einem Ausbau der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gefördert werden könnte. Vom Statistischen Bundesamt wird entgegengehalten, daß doch bereits in den Aufsätzen in „Wirtschaft und Statistik“ das Wichtigste mitgeteilt werde. Gegen eine ausführlichere Veröffentlichung spreche außerdem die ständige Weiterentwicklung der Verfahren, bei denen wegen des unregelmäßigen Anfalls der statistischen Grundlagen laufend neue Behelfslösungen entwickelt und auch wieder verlassen werden müßten. Das Statistische Bundesamt sei jedoch bereit, zu bestimmten Fragen nähere Erläuterungen zu geben.

Zur Vorbereitung der in diesem Jahre durchzuführenden Kostenstrukturerhebung in der Industrie und im Handwerk wird vom Statistischen Bundesamt im Hinblick auf den Zeitmangel eine vereinfachte Beratungsprozedur vorgeschlagen. Anstelle der Einberufung des Fachausschusses sollen je ein Unterausschuß für die beiden Erhebungsbereiche gebildet werden und etwa Anfang Juni zur ersten Tagung zusammentreten. Dabei seien vor allem die Frage der Auswahl und der Werbung sowie - für die Erhebung im Handwerk - die Erhebungsunterlagen und der Erhebungsweg zu behandeln. Für die Industrie, bei der die Verbände in den Erhebungsweg eingeschaltet seien, sei bereits der Fragebogen besprochen worden, der im übrigen nur wenig von dem 1950 verwandten Fragebogen abweiche. Nach dem Zeitplan des Statistischen Bundesamtes sollen die Erhebungen etwa im September/Oktober durchgeführt werden.

Der Beirat stimmt der vorgeschlagenen vereinfachten Prozedur zu. Auf Anregung des Statistischen Bundesamtes wird der Mitgliederkreis der beiden Unterausschüsse festgelegt.

III. Ernährungs- und Landwirtschaftsstatistik

Vom Statistischen Bundesamt wird nochmals auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die sich aus dem Gesetz über Bodennutzungserhebung und Erntebereichterstattung in Bezug auf die repräsentative Durchführung aller Teile der Bodennutzungserhebung und auf die Ausnahmeregelung für die Länder Berlin, Hamburg und Bremen ergeben. Mit Rücksicht auf die Belange dieser Länder sollte von ihnen eine Ergänzung des Gesetzes in die Wege geleitet werden.

Die Erntestatistik wird als ein Zusammenwirken der Erntebereichterstattung und der Besonderen Erntermittlung gekennzeichnet. Beide Statistiken haben dabei ihre besonderen Aufgaben und seien daher beide notwendig. Am Beispiel der Erntestatistik stellt das Statistische Bundesamt die Zweckmäßigkeit der Verbindung von Stichproben mit bezirksweisen Schätzungen dar. Durch die Stichproben werden zuverlässige

Bundes- und Länderzahlen erzielt, die auf dem Wege der bezirksweisen Schätzung nicht erreicht werden können; andererseits kann wegen des Bedarfs an regionalen Zahlen auf eine bezirksweise Schätzung nicht verzichtet werden; dabei ist eine Abstimmung beider Ergebnisse notwendig.

Unter Hervorhebung dieser methodischen Vorzüge wird auf die Absichten hingewiesen, die Milcherzeugungs- und -verwendungsstatistik nach einem Stichprobenverfahren durchzuführen, um die in erster Linie wichtigen Bundes- und Länderergebnisse zu verbessern. Über die Frage, ob weitergehende Regionalzahlen überhaupt erforderlich sind, sei bei den Ländern noch keine Einigung erzielt worden. Der Leiter des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz spricht sich für eine Beibehaltung des alten Verfahrens aus, das billiger sei und Ergebnisse in tieferer regionaler Gliederung liefere. Auf den Hinweis, daß der Statistische Ausschuß beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in den nächsten Tagen die Frage erörtern werde, wird auf eine weitere Behandlung verzichtet.

IV. Industrie- und Handwerksstatistik

Das Statistische Bundesamt nimmt nochmals zu den Überlegungen der Statistischen Landesämter und des Statistischen Bundesamtes über Einsparungen bei der monatlichen Industrieberichterstattung Stellung und berichtet über das Ergebnis verschiedener Diskussionen mit Auftraggebern und Konsumenten. Die Anregungen betreffen einmal eine Einschränkung der Merkmale, und zwar bei den Beschäftigten und bei der Frage nach dem Brennstoff- und Energieverbrauch, und zweitens eine Verringerung der Zahl der Betriebe, entweder durch eine Stichprobe oder durch einen Schnitt bei einer bestimmten Beschäftigtenzahl. Während ein Verzicht auf bestimmte Untergliederungen der Beschäftigten zu erreichen sein wird, haben Verhandlungen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft ergeben, daß die monatlichen Angaben über den Energieverbrauch in der gegenwärtigen Situation weiterhin dringend in der bisherigen Aufgliederung

benötigt werden. Der Vorschlag, auf das Repräsentativverfahren überzugehen, ist bei Landwirtschaftsministerien, Industrie- und Handelskammern und Städten wegen des Fortfalls von Kreisergebnissen auf Widerstand gestoßen. Andererseits hat sich ergeben, daß nicht alle Tatbestände nach Kreisen dargestellt werden müssen, so daß vielleicht eine Kombination der Einsparungsvorschläge Aussicht auf Erfolg haben könnte.

Der Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft hält die Anregungen zu den Beschäftigtenmerkmalen für überlegenswert. Im übrigen müsse aber auf die besonderen Bedürfnisse, die sich aus der Lage der Kohlenwirtschaft ergeben, und allgemein auf die Bedeutung der Industrie im Rahmen der Gesamtwirtschaft Rücksicht genommen werden.

Zur geplanten Handwerksberichterstattung wird vom Statistischen Bundesamt auf die noch nicht geklärten Fragen der Periodizität und der Erfassung der Lagerbestände und des Wareneingangs hingewiesen.

Der Leiter des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz bittet um Beteiligung der Statistischen Landesämter an den Arbeiten zur Neuberechnung des Produktionsindex, damit auch hier die Umstellung vorbereitet werden kann.

V. Handels- und Verkehrsstatistik

Vom Statistischen Bundesamt werden einige methodische Verbesserungen erläutert, die an den laufenden Umsatzstatistiken des Einzel- und Großhandels vorgenommen werden sollen. Die Ergebnisse des Handelszensus seien hierfür zum Teil eine wichtige Voraussetzung. Durch die in Vorbereitung befindliche Umsatzschnellstatistik im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe werde ein wegen seiner Konjunkturempfindlichkeit wirtschaftspolitisch bedeutender Wirtschaftsbereich von 12 - 13 Mrd. DM Jahresumsatz in die laufende Wirtschaftsbeobachtung einbezogen werden können.

Für den als Teil des Zählungswerks geplanten Verkehrszensus seien die Abstimmungsarbeiten im Statistischen Bundes-

amt noch nicht abgeschlossen. Bei der Kosten- und Leistungserhebung im Güterverkehr sei die reibungslos und schnell erfolgte Verabschiedung des Gesetzes erwähnenswert. Von dieser Statistik werden verkehrspolitisch wichtige Erkenntnisse erwartet.

VI. Statistik der Preise und Löhne, des Bau- und Wohnungswesens, Sozialstatistik

Zur Lohn- und Preisstatistik wird erwähnt, daß nach dem termingerechten Abschluß der Arbeiten an den neuen Verdienstindices sogar mit einem früheren Termin für die Umstellung des Hauptpreisindex gerechnet werden könne. Dagegen haben sich bei der Vorbereitung eines Großhandelspreisindex Verzögerungen durch mangelhafte Mitarbeit verschiedener Branchen ergeben.

Die Untersuchungen über Möglichkeiten, bei den Wirtschaftsrechnungen die Kosten je Haushaltsbuch zu vermindern, haben gezeigt, daß durch Einschränkungen im monatlichen Programm und durch eine Änderung der Aufbereitungstechnik gewisse Einsparungen erzielt werden können. Sie werden jedoch nicht ausreichen, um an die in der neuen Rechtsgrundlage vorgesehene Zahl der Haushalte heranzukommen; eine gewisse Erhöhung der Mittel müsse daher vorgeschlagen werden.

Gegen die geplante Statistik der Baubeginne im Hochbau, die von zahlreichen Stellen der verschiedensten Art unterstützt wird, haben die Statistischen Landesämter und die Städte erhebungstechnische Bedenken erhoben, gegen die noch Stellung genommen werden soll.

Vom Vertreter der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels wird eine Anregung zur Auswahl des dem Index der Einzelhandelspreise zu Grunde liegenden Warenkorbs im Fachausschuß gegeben. Sie entspreche nicht mehr den gegenwärtigen Verhältnissen, wodurch vor allem Vergleiche mit der Preisentwicklung bei den Erzeugnissen der Verbrauchsgüterindustrien erschwert werden. In die vom Statistischen Bundesamt zugesagte Prüfung sollten nach einem Vorschlag des Leiters des Statistischen Landesamtes Hamburg auch weitere

Fragen, wie die Gewichtung und die Basis des Index, einbezogen werden.

VII. Finanz- und Steuerstatistik

Vom Statistischen Bundesamt wird über Beratungen des Bundesministeriums der Finanzen mit den Landesfinanzministerien zur Vorbereitung des Finanzstatistischen Gesetzes berichtet. Danach bestehen jetzt Aussichten auf eine Zustimmung der Länder zu der ursprünglichen Fassung des Gesetzesentwurfs und damit auch zu der Statistik der öffentlichen Vermögen, die zusammen mit der Erfassung der Haushaltsansätze dann zu dem bisherigen finanzstatistischen Arbeitsprogramm hinzukommen würde.

Zur Umsatzsteuerstatistik wird darauf hingewiesen, daß trotz der Wiedereinführung der Organschaft und der damit verbundenen Beeinträchtigung der Umsatzerfassung in einigen Wirtschaftszweigen das Interesse der Konsumenten an zahlreichen Einzelergebnissen weiter stark gestiegen sei und zu einer Erweiterung des Benutzerkreises geführt habe.

VIII. Bevölkerungs- und Kulturstatistik

Über die Gründe der Verzögerung bei der Fertigstellung der ersten Mikrozensusergebnisse sei bereits berichtet worden. Die Aufbereitung und Veröffentlichung der Ergebnisse der folgenden Erhebungen werde demgegenüber in wesentlich kürzeren Zeiten möglich sein. Vom Vertreter des Bundesministeriums für Verkehr wird angeregt, bei dem Entwurf der neuen Rechtsgrundlage die derzeitige Unbeweglichkeit des Programms nach Möglichkeit zu vermeiden. Durch entsprechende Vorschriften sollten die Statistischen Ämter eine wesentlich elastischere Arbeit leisten können.

Bei der Wanderungsstatistik sei als Folge der Präzisierung der Anordnungen auf dem Gebiete des Meldewesens mit weiteren Verbesserungen zu rechnen.

Vom Statistischen Bundesamt wird auf die Sonderarbeiten auf dem Gebiete der Strafverfolgungsstatistik und der Vertrie-

benen- und Flüchtlingsstatistik sowie auf die Anwendung des Individualverfahrens in der Ingenieurschulstatistik und auf die vom Stifterverband der Deutschen Wissenschaft unterstützten Pläne über eine Statistik der Lehrpersonen an den wissenschaftlichen Hochschulen hingewiesen.

6. Ausbau der Statistik der Lagerhaltung

Dieser Vorschlag der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute wird von deren Vertreter erläutert und begründet. Auch das Statistische Bundesamt bedauert das Fehlen ausreichender Unterlagen über die Lagerhaltung der Wirtschaft. Besonders bedenklich sei, daß für den wichtigen Bereich der Industrie keine laufenden Ergebnisse zur Verfügung stehen. Der Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft gibt zu bedenken, daß kurzfristige Nachweisungen zur Voraussetzung hätten, daß eine laufende Lagerstatistik in den Betrieben geführt wird und das Bewertungsproblem lösbar sei. Vielfach würden Lagerbestände nur einmal im Jahr bei der Inventur festgestellt und bewertet. Der Vertreter des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung weist darauf hin, daß die Bemühungen um den Ausbau der Statistik der Lagerhaltung trotz aller Schwierigkeiten fortgesetzt werden sollten.

Zum Abschluß der Tagung teilt der Vorsitzende mit, daß Dr. Grünig als Vertreter des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung aus dem Kreis der Beiratsmitglieder ausscheiden werde. Der Vorsitzende dankt Dr. Grünig für die im Beirat und in den Ausschüssen geleistete wertvolle Mitarbeit.

KommuniquéMehr Verständnis für die amtliche Statistik6. Tagung des Statistischen Beirats - Schwierigkeiten bei der
Vorbereitung und Finanzierung statistischer Vorhaben -

Der Beirat des Statistischen Bundesamtes hat auf seiner diesjährigen Tagung im Mai in Wiesbaden Probleme der statistischen Erfassung der Erwerbstätigkeit und die Grundzüge der neuen Systematik der Wirtschaftszweige beraten. Außerdem wurde der vom Statistischen Bundesamt vorgelegte gedruckte Bericht über die Arbeiten des Amtes im Jahre 1958 diskutiert.

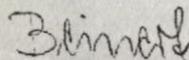
Der Beirat, in dem sowohl die Bundesressorts als auch die Organisationen der Wirtschaft, die Gewerkschaften, die Wirtschaftswissenschaftlichen Institute, die kommunalpolitischen Spitzenverbände und die Statistischen Landesämter vertreten sind, erörterte auch eingehend die Schwierigkeiten, die sich in den letzten Jahren in zunehmendem Maße bei der Vorbereitung neuer statistischer Vorhaben und bei der Verabschiedung von Rechtsgrundlagen über Statistiken ergeben haben. So mußte die Straßenverkehrsunfallstatistik Ende 1958 für einige Monate eingestellt werden, da die erforderliche Rechtsverordnung nicht rechtzeitig verabschiedet worden war. Die für Mai 1959 vorgesehene Landwirtschaftszählung mußte um 1 Jahr verschoben werden, da die parlamentarische Beratungsprozedur des Gesetzentwurfs wegen der Forderung der Länder nach einem Bundeszuschuß zu den Länderkosten zur Anrufung des Vermittlungsausschusses geführt hat und daher noch nicht beendet werden konnte. Für die große Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung, die nach einer Empfehlung der Vereinten Nationen in allen Ländern im Jahre 1960 (bzw. 1959 oder 1961) durchgeführt werden soll, konnten bisher das Zählungsjahr und das Erhebungsprogramm noch nicht endgültig festgelegt werden.

Der Beirat sieht hierin mit Sorge eine ernste Gefahr für die Aufgabe der amtlichen Statistik, das von Gesetzgebung, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft benötigte Zahlenmaterial so schnell und rationell wie möglich zu ermitteln und zu veröffentlichen. Er sieht die Ursachen für die Schwierigkeiten zum Teil in den durch Staats- und Verwaltungsaufbau festgelegten Prozeduren, zum Teil jedoch auch in Mißverständnissen und mangelnden Informationen und nicht zuletzt in einem teilweise recht großen Mangel an Verständnis für die Bedeutung der amtlichen Statistik. Dem Beirat erscheint dies nur schwer verständlich, da für eine große Zahl wichtiger staatlicher Maßnahmen in steigendem Umfang zuverlässiges Zahlenmaterial als Unterlage für politische Entscheidungen benötigt wird; so z.B. für den jährlichen Grünen Bericht über die Lage der Landwirtschaft, für die Berechnungen über die Rentenanpassung und für die Heranführung der Wohnungswirtschaft an die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft.

Der Beirat bittet das Statistische Bundesamt und alle an der Vorbereitung und Durchführung amtlicher Statistiken beteiligten Stellen, daran mitzuwirken, daß das Verständnis für die Notwendigkeit einer ausreichenden amtlichen Statistik gefördert und die Schaffung der nötigen Rechtsgrundlagen soweit möglich erleichtert und beschleunigt wird.

F. d. R.:

gez.: Dr. Fürst


Beiner

Mayer
15/1
1960

Herrn
Präsident Dr. Fürst
und allen Abteilungen
im Hause

Betr.: Konsequenzen der Beiratstagung 1959 (Stand der Erledigungen) und der Amtsleiterkonferenz vom 12./13. November 1959

Bezug: 1. Notiz vom 20. Oktober 1959 über die Abteilungsleiterbesprechung am 17. Oktober 1959, Pkt. 17 der TO
2. Protokoll vom 7. Dezember 1959 über die Amtsleiterkonferenz vom 12./13. November 1959

/ Für die Behandlung auf der nächsten Abteilungsleiterbesprechung am 16. Januar 1960 wird in der Anlage ein Vermerk über den derzeitigen Stand der Erledigungen aus der Beiratstagung 1959 sowie über die Konsequenzen der Amtsleiterkonferenz vom 12./13. November 1959 übermittelt.

Anlage

gez. Dr. Szameitat

V e r m e r k

Betr.: Konsequenzen der Beiratstagung 1959 (Stand der Erledigungen) und der Amtsleiterkonferenz vom 12./13. November 1959

Bezug: 1. Notiz vom 20. Oktober 1959 über die Abteilungsleiterbesprechung am 17. Oktober 1959, Pkt. 17 der ~~Z~~ TO
2. Protokoll vom 7. Dezember 1959 über die Amtsleiterkonferenz vom 12./13. November 1959

A. Konsequenzen der Beiratstagung (Stand der Erledigung Anfang Januar 1960)

I. Zur Statistik der Erwerbstätigkeit und der Beschäftigung
Übergang zur 5-Tage-Woche

II (III-VIII) Es ist noch zu prüfen, bei welchen Statistiken eine entsprechende Frage aufgenommen werden kann.

II. Schwierigkeiten bei der Vorbereitung und Finanzierung neuer statistischer Vorhaben

Vermeidung künftiger Schwierigkeiten

(II-VIII) Die Vorarbeiten zum nächsten langfristigen Arbeits- und Zeitplan wurden noch nicht wieder aufgenommen, da die Entscheidungen über die Großzählungen noch ausstehen.

Präs. (I) Das vom Bundesrechnungshof (Dr. Hüttl) vorgeschlagene Gespräch zwischen dem Statistischen Bundesamt und dem Bundesbeauftragten für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung hat noch nicht stattgefunden.

III. Vorschläge der Statistischen Landesämter zur Kürzung des laufenden statistischen Programms

Weiterbehandlung in den Fachausschüssen

-VIII Ein Teil der Einsparungsvorschläge wurde in den Fachausschüssen noch nicht behandelt. Die Abteilungen wurden durch Abteilung I (Notiz vom 7. Januar 1960) gebeten, in ihren Beiträgen für den nächsten „Amtsbericht“ über die Ergebnisse der Beratungen zu berichten.

IV. Diskussion des Amtsberichts

1. Anfertigung von Protokollen im Statistischen Bundesamt

I-VIII

Auf die schnelle Herausgabe von Fachausschußprotokollen (Kurzprotokolle innerhalb von 2 Wochen) wird erneut hingewiesen.

2. Beteiligung der Statistischen Landesämter an der Arbeit des BBW

Präs. (II)

Die Herrn Dr. Hüfner zugesagte Unterrichtung ist bis jetzt noch nicht erfolgt.

B. Konsequenzen der Amtsleiterkonferenz vom 12./13. November 1959

I. Fragen der Tagesordnung

Präs. (I)

Es soll versucht werden, die Tagesordnungen der Amtsleiterkonferenzen künftig mehr als bisher auf die Erörterung statistisch-wissenschaftlicher Fragen abzustellen.

II. Prozedur bei der Vorbereitung neuer Statistiken

1. Kostenschätzungen

I (II-VIII)

Das Statistische Landesamt Nordrhein-Westfalen soll auch bei den vorläufigen Kostenschätzungen für größere Vorhaben beteiligt werden. Dabei muß es auch Gelegenheit zur Rücksprache mit anderen Landesämtern haben.

2. Unterrichtung über neue Vorhaben

I-VIII

Die Statistischen Landesämter sollen für interne Überlegungen so früh wie möglich informiert werden.

III. Zählungswerk 1961

1. Geheimhaltungsvorschriften

I

Als eine der Ausnahmebestimmungen für die Freigabe von Einzelangaben soll im Gesetzentwurf etwa ein Passus „Verwendung für wissenschaftliche Zwecke“ vorgesehen werden.

2. Zählerfragen

I

Das Statistische Bundesamt wird sich um eine Bestimmung über die Freistellung von Bundesbediensteten zur

Übernahme des Zähleramtes bemühen.

3. Kostenplan

(II-VIII)

Mit Ausnahme der Kosten für die Volkszählung müssen die Kostenberechnungen für die einzelnen Zählungsteile noch mit den Landesämtern abgestimmt werden.

IV. Arbeitsprogramm 1960

1. Laufende Statistik im Gaststätten- und Beherbergungs-
gewerbe

Die voraussichtlich am 1. April 1960 anlaufende Statistik soll auch Länderergebnisse bringen.

2. Fremdenverkehrsstatistik

Die Frage der evtl. Einbeziehung von Gemeinden mit weniger als 5 000 Übernachtungen soll im Fachausschuß behandelt werden. (Der Arbeitskreis "Fremdenverkehrsstatistik" hat inzwischen empfohlen, es zunächst bei der bisherigen Abgrenzung zu belassen.)

Guckes
Guckes